

Aus Vorstand und Geschäftsstelle**Liebe Leserinnen und Leser,**

ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Weihnachten und das neue Jahr rücken mit Riesenschritten näher. Und als kleines Weihnachtsgeschenk präsentieren wir Euch den Dezember-BBU-Newsletter.

Der Vorstand des BBU, die Geschäftsführerin und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch friedliche Weihnachtstage, eine möglichst erholsame Zeit zwischen den Jahren, einen guten Rutsch in das neue Jahr ohne laute und giftige Silvesterknallerei und die besten Wünsche für 2008.

Klimapolitischer Thesenanschlag des BBU und Vorstands-Sitzung in Gronau

(U. B.) Der BBU hat anlässlich des Internationalen Klimaschutztages am 8. Dezember die Bundesregierung, Kommunen, Landkreise und Landesregierungen aufgerufen, eine ernsthafte Klimaschutzpolitik durchzuführen. Zur Untermauerung seiner Forderungen hat der Vorstand des BBU im westfälischen Gronau am historischen Rathausturm einen klimapolitischen Thesenanschlag durchgeführt. Damit wurde auch gegen den Einsatz der Atomenergie als angeblichen Klimaschutz protestiert.

Die Klima-Allianz, mit der sich der BBU verbunden fühlt, veranstaltete am 8. Dezember zwei große Demonstrationen in Berlin und Neurath bei Düsseldorf: In Berlin als Sitz der Bundesregierung und an dem Braunkohlekraftwerk Neurath als Symbol für eine verfehlte Energiepolitik. An diesen Demonstrationen, und an weiteren kleineren im Bundesgebiet, beteiligten sich rund 10.000 Personen. Erneuerbare Energien, aber auch massive Energiesparmassnahmen, müssen jetzt, auch nach Auffassung des BBU, eine herausragende Rolle spielen.

In der Diskussion um den Klimaschutz wird immer wieder die Atomenergie als angeblich saubere Lösung der Energieprobleme ins Feld geführt. Dass dies ein Trugschluß ist, verdeutlicht auch die jüngste Kinderkrebs-Studie des Bundesamtes Strahlenschutz (BfS). In der gesamten atomaren Brennstoffspirale wird Radioaktivität frei und werden atomare Abfälle produziert, für die es keine sichere Entsorgung gibt. Und: Auch die Uranvorkommen sind begrenzt. In rund 50 Jahren werden sie aufgebraucht sein. Von seiner Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen, incl. der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA), wird der BBU nicht abrücken. Am Wochenende des Internationalen Klimaschutztages tagte der Vorstand des BBU am Standort der einzigen deutschen UAA, in Gronau. Der BBU begrüßt und unterstützt die vielfältigen Aktionen der Bürgerinitiativen in und um Gronau, die sich gegen die UAA und gegen die damit verbundenen Urantransporte zur Wehr setzen.

Die Positionen und Forderungen des BBU anlässlich des Internationalen Klimaschutztages am 8.12.2007 findet man im Internet unter <http://www.aku-gronau.de/texte/20071208-bbu.html>. Die Gronauer Nachrichten berichteten mit Foto über den Thesenanschlag:

http://www.westfaelische-nachrichten.de/lokales/kreis_borken/gronau/Klima_Thesen_an_Turm_genagelt.html



Photo:
Harald
Gülzow

Aus Vorstand und Geschäftsstelle**Weihnachtsspenden für den BBU**

(U. B.) Täglich flattern derzeit zahllose Spendenbriefe von den unterschiedlichsten Verbänden und Organisationen in die Briefkästen. Vom BBU ist nichts dabei. Natürlich könnte aber auch der BBU etliche kleine und große Weihnachtsspenden gebrauchen. Wer also trotz knapper Kassen und der starken Konkurrenz anderer Verbände ein paar Euro für den BBU spenden möchte, ist herzlich dazu eingeladen! (am besten noch heute!) An den BBU kann sogar ganz einfach über die BBU-Internetseite gespendet werden: http://www.bbu-online.de/cgi-bin/Form_processor/Forms/spenden.cgi

Wer keinen Internetzugang hat, kann natürlich auch von der Bank überweisen. BBU-Spendenkonto, Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 19002666. Verwendungszweck: BBU-Weihnachtsspende. Im nächsten BBU-Newsletter werden wir über das Ergebnis dieser Spendenaktion berichten.

BBU-Mitgliederversammlung

Bei seinem Gronauer Treffen hat der BBU-Vorstand festgelegt, dass die nächste BBU-Mitgliederversammlung im zeitigen Frühjahr (Ende März / Anfang April) stattfinden soll. Weitere Details werden bei der nächsten Vorstandssitzung im Januar vorbereitet. Anregungen und Anträge der BBU-Mitglieder können an die Bonner Geschäftsstelle des BBU gerichtet werden.

Um den Atomausstieg auf den Weg zu bringen sind weiterhin Demonstrationen und andere Aktionen erforderlich, so auch die BBU-Stromwechselkampagne: <http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>.

Gratis-Flyer „Kein Cent mehr für die Atomindustrie“ zum Verteilen gibt es in der BBU-Geschäftsstelle. Er enthält Tipps, wie man den atomstromfreien Ökostromanbieter findet.

Kinderkrebsstudie „schreit“ nach Konsequenzen

(U. B.) „Das Risiko für 0-4-jährige Kinder an Leukämie zu erkranken nimmt zu, je näher ihr Wohnort an einem Kernkraftwerkstandort liegt.“ Vor wenigen Wochen hätte es niemand für möglich gehalten, dass das Bundesamt für Strahlenschutz solch deutliche Worte auf seiner Internetseite veröffentlicht (Quelle: s. u.).

Die „Kinderkrebsstudie“ hat die Befürchtungen aus den Reihen der Anti-Atomkraft-Bewegung bestätigt. Bürgerinitiativen und Umweltverbände haben seit Jahrzehnten immer wieder darauf hingewiesen, dass auch bereits die sogenannte Niedrigstrahlung gerade bei Kindern zu Krebserkrankungen führen kann. Jetzt müssen die Genehmigungsbehörden in den Ländern und letztlich auch die Bundesregierung Farbe bekennen: Hat der Schutz der Bevölkerung Vorrang oder halten Regierung und Behörden weiterhin ihre schützenden Hände über die Betreiber der Atomkraftwerke?

Längst ist eindeutig, dass Radioaktivität tödlich ist und jede Atomanlage unbeherrschbaren Atommüll produziert. Schon deshalb darf es keinen Weiterbetrieb von Atomanlagen geben! Der BBU fordert daher (weiterhin) die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke. Und außerdem fordert er gleichzeitig die sofortige Stilllegung auch aller anderen Atomanlagen. Beispiele: Der Garchingener Forschungsreaktor, die Brennelementefabrik in Lingen und die Urananreicherungsanlage in Gronau. Diese und weitere Anlagen wurden in der Untersuchung nicht berücksichtigt.

Die Kinderkrebsstudie findet man unter http://www.bfs.de/de/bfs/druck/Ufoplan/4334_KIKK.html.

Aus Vorstand und Geschäftsstelle**„Mein Weg zwischen Gewalt und
Gewaltfreiheit“**

Die lesenswerte Autobiografie des BBU-Aktivisten Dr. Wolfgang Sternstein

In den inzwischen fünfunddreißig Jahren BBU-Verbandsgeschichte haben ganz unterschiedliche Menschen in Vorstand und Mitgliedsinitiativen die Entwicklung der Umweltschutz- und Bürgerinitiativbewegung geprägt. Einige fühlen sich noch heute den einstigen Zielen verpflichtet, andere haben sie als Jugendtorheit längst in ihren Biografien abgelegt. Den einen führte die Entwicklung in den Ministersessel, den anderen ins Gefängnis. Mit letzterem ist Wolfgang Sternstein angesprochen.

Der inzwischen fünfundsechzigjährige Politologe Dr. Wolfgang Sternstein, ein Schüler des Begründers der Theorie der „Sozialen Verteidigung“ und „Gewaltfreien Aktion“ Theodor Ebert, war Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre im BBU-Vorstand aktiv und hat sich besonders den aktionsbezogenen Widerstandskonzepten in der Friedens- und Ökologiebewegung gewidmet. Er sah sich hierbei nicht als wissenschaftlicher Beobachter oder gar Durchführer von sozio-politologischen Feldversuchen, sondern praktizierte die Theorie der „Sozialen Verteidigung“ kompromisslos quasi im Selbstversuch am eigenen Leib. In Wyhl und Brokdorf an den Schauplätzen des AKW-Widerstandes war er genauso zu finden wie an den Stationierungsorten amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen, wie Mutlangen und Großengstingen, vor Fliegerhorsten und der EUCOM-Kommandozentrale.

Die „Pflugschar-Aktionen“, bei denen Sternstein mit einer kleinen Gruppe auf abgesperrtes US-Militärgelände eindrang und versuchte Raketen und Abschussrampen zu beschädigen und seine Weigerungen, die militärischen Sachschäden zu

ersetzen, brachten ihn bis heute achtmal ins Gefängnis. Wolfgang Sternstein sieht sich dennoch weniger als politisches Opfer oder als gescheiterte Existenz sondern als konsequenter Erfüller seiner ethisch-philosophischen Lebensvorstellungen und trotz ständig angespannter materieller Lage und beruflicher Nachteile als Erlanger eines persönlichen Glücks mit seiner solidarischen Familie und seinen Freunden. Sogar den Gefängnisaufenthalt gewinnt er einen Vorteil ab: Er konnte endlich seine Autobiografie zu Ende schreiben.

Diese ist nun mit stattlichen 486 Seiten und einem Vorwort von Deutschlands bekanntestem Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter erschienen. Ein packendes mit authentischen Fotos ausgestattetes Buch, das nicht nur einen einzigartigen und konsequenten Lebensweg beschreibt, sondern in einer spannenden und anregenden Vermengung Detailschilderungen von Demonstrations- und Blockadeabläufen, ideologische Auseinandersetzungen in der Friedens- und Ökologiebewegung, Schilderung der Gerichtsprozesse und philosophische Exkurse über Marxismus, Kierkegaard und Gandhi bietet. Und das alles sehr flüssig und verständlich geschrieben. Man fühlt sich als Leser hautnah dabei, wenn Wolfgang Sternstein mit Günther Grass, Heinrich Böll, Oskar Lafontaine und Barbara Rütting in Mutlangen blockiert oder mit nicht so prominenten aber den Widerstand prägenden Bürgern wie BBU-Aktivistin Lore Haag und dem kommunistischen Fischermeister Balthasar Ehret in Wyhl Aktionen vorbereitet.

Wolfgang Guhle, Geschäftsführendes BBU-
Vorstandsmitglied

Wolfgang Sternstein: Mein Weg zwischen Gewalt
und Gewaltfreiheit
Autobiografie – Norderstedt: Books on Demand
2005, ISBN 3-8334-2226-2
486 Seiten mit zahlreichen Fotos
Zu bestellen über: sternstein@uwi-ev.de

Landwirtschaft / Energie**Sarkozy stoppt Genmais**

Der französische Präsident Sarkozy hat den Anbau genmanipulierter Pflanzen vorübergehend gestoppt. Die Entscheidung fiel nach langen Auseinandersetzungen in Frankreich über die Frage, ob der Anbau des Genmais MON810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt. Das Umweltinstitut München begrüßt das französische Moratorium und fordert die Bundesregierung auf, ebenfalls ein Anbauverbot zu erlassen. Andreas Bauer, Gentechnikreferent des Umweltinstituts: "Während in Frankreich die Politik nicht mehr die Verantwortung für die Risiken der Agro-Gentechnik tragen will, bastelt die Große Koalition in Berlin an einem Gesetz, das den Anbau von Genpflanzen erleichtern soll. Unsere Volksvertreter müssen sich an der Entscheidung Sarkozys ein Beispiel nehmen, und das Gentechnikgesetz kippen."

In Deutschland hatte es schon im Frühjahr Ärger um MON810 gegeben, der vom US-Konzern Monsanto vertrieben wird. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit hatte im Mai festgestellt, dass der Genmais eine Gefahr für die Umwelt ist, da er zum Beispiel nützliche Insekten schädigt. Landwirtschaftsminister Seehofer hat als Konsequenz jedoch lediglich eine Verbesserung der Überwachung angeordnet. "Ein Kniefall vor den Interessen der Industrie", findet Andreas Bauer. "Es gibt nur eine Möglichkeit, Gefahren zu vermeiden, die von genmanipulierten Organismen ausgehen: Man muss sie verbieten." Seehofer müsse für den nachhaltigen Schutz gentechnikfreier Landwirtschaft und Lebensmittel sorgen, wie es auch die überwältigende Mehrheit der Verbraucher wünsche. (Leicht gekürzte Pressemitteilung des Umweltinstitut München e.V. vom 26.10.2008)

http://umweltinstitut.org/pressemitteilungen/2007/2007_10_26-522.html)

Fast so viel Windstrom wie Atomstrom

Am 7. November 07 wurden in Deutschland 275 Millionen Kilowattstunden Windstrom laut ISET (Institut für Solare Energieversorgungstechnik, Uni Kassel) erzeugt. Offenbar ein neuer Allzeitrekord! Da von den 17 deutschen Atomkraftwerken vier wegen ungeplanter Störungen (Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Krümmel) und eines wegen geplanter Inspektion (Gundremmingen C) insgesamt fünf still stehen, haben die restlichen 12 AKW etwa 340 Millionen Kilowattstunden Atomstrom produziert und dabei rund 840 Kilo Brennelementmüll erzeugt, (...).

Entgegen der von RWE, EON & Co verbreiteten Propaganda verbilligt Windenergie volkswirtschaftlich betrachtet sogar den Strom. Je mehr Windstrom produziert wird, desto stärker sinken die Großhandelspreise an der Leipziger Strombörse. Dies hat vor einigen Monaten das renommierte Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) mit einer Studie belegt.

(...) Während der Preis von Kohle, Öl, Uran und Gas immer weiter steigt, sinkt der Preis des Windstroms. Anfang der 1990er Jahre lag der mittlere Einspeisepreis aller deutschen WKA über 10 Cent. Heute liegt er bei etwa 7,5 Cent. Die Vermeidung von Atommüll, der Schutz des Klimas und die Entfaltung einer heimischen Energiequelle mit sinkenden Preisen verlangen von uns, die Windenergie planmäßig auszubauen! Den Blockierern gerade in Süddeutschland muss und kann mit wissenschaftlich fundierten Fakten „der Wind aus den Segeln“ genommen werden.

(Gekürzte Medienmitteilung von Raimund Kamm, Vorstand des FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V., 8.11.07, www.atommueಲ್ಲager.de).

Wasser**Trinkwasserbelastungen mit perfluorierten Tensiden (PFT)**

Schon 1984 fand DuPont im Trinkwasser der Gemeinde „Little Hockings“ in der Nähe seiner Teflonfabrik in Parkersburg, West Virginia Perfluorooctan (PFOA). PFOA gehört zu der Gruppe der PFT. Die Messungen wurden entgegen der gesetzlichen Bestimmungen nicht veröffentlicht. Erst 2002 erfuhren die Bürger, dass sie über Jahrzehnte belastetes Trinkwasser tranken. Um eine Schadensersatzklage abzuwenden erklärte DuPont sich zu einer Zahlung von mindestens 107 Millionen US-Dollar bereit. Von dieser Summe wurden unter anderem in sechs Wasserwerken der umliegenden Gemeinden Filter installiert. DuPonts Zulieferer 3M hatte schon Anfang der 80iger Jahre die Gefahren durch PFT erkannt und die Perfluor-Industrie hiervon in Kenntnis gesetzt. Trotzdem behauptet DuPont selbst noch 2006, dass keine von PFOA ausgehenden Beeinträchtigungen der menschlichen Gesundheit bekannt sind. 3M stieg mittlerweile in der USA selbst aus der Produktion von PFOA aus.

Nun ein Sprung über den Atlantik zum Industriepark Gendorf in Bayern. Hier produziert der größte deutsche Anwender von PFOA - das 3M-Tochterunternehmen Dyneon - Fluorpolymere. Durch Einleitung der Produktionsabwässer werden in der Alz PFOA-Konzentrationen bis zu 1000 mal höher als im Rhein gemessen. Auch in Trinkwasserbrunnen der Umgebung werden erhöhte PFT-Gehalte festgestellt. Diese Werte liegen über den Mindestqualitätszielen der Trinkwasserkommission des Bundesministeriums für Gesundheit beim Umweltbundesamt für die lebenslange gesundheitliche Vorsorge.

Harald Gülzow

<http://www.heise.de:80/tp/r4/artikel/26/26581/1.html>

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26641/1.html>

<http://www.gendorf.de>

Arzneimittel im Trinkwasser - NRW Politik: Notbremse statt Vorbeugung

(S.B.)Vorsorge ist das aktuelle Schlagwort im Gesundheitsschutz – bei unserem Lebensmittel Nr. 1 : dem Trinkwasser glaubt man mit Nachsorge auszukommen. Als Konsequenz der Arzneimittelfunde im Trinkwasser, setzt sich der NRW-Umweltminister Uhlenberg für Grenzwerte bei Arzneimitteln im Trinkwasser ein. Nun sollen die Wasserwerke die unerwünschten Stoffe entfernen. Doch diese hätten erst gar nicht in unsere Trinkwasservorräte gelangen dürfen. Es wurde bei der Zulassung von Arzneimitteln für Tiere und Menschen verpasst zu kontrollieren, ob diese eine Gefahr für die Trinkwasserversorgung darstellen könnten. Selbst wenn die Gefahr nicht vermeidbar gewesen wäre, hätte der Verbraucher darauf hingewiesen werden müssen. Die Presseerklärung zum Thema vom VSR-Gewässerschutz ist nachzulesen unter

<http://www.vsr-aktuell.de/presse/Arzneimittel.pdf>

Arzneimittelkonzentrationen im Rhein

(S.B.) Seit 2004 wird eine große Auswahl dieser Stoffe an der Messstelle Lobith gemessen. Im Jahresbericht 2006 „Der Rhein“ der RIWA (Rhine Water Works) sind in einer Tabelle einige Wirkstoffe von Arzneimitteln aufgelistet, die die Zielwerte der IAWR (Internationale Arbeitsgemeinschaft der Rheinwasserwerke) überschritten haben. Dazu zählen Betablocker, Röntgenkontrastmittel und cholesterinsenkende Mittel.

In der Anlage 1 gibt es in diesem Bericht eine Tabelle über Monatsmittelwerten aus dem Rhein bei Lobith.

http://www.riwa.org/e_publicaties/149_JR_2006_du.pdf

Normung

Rückblick 2007: Der BBU in China

Als deutsche Delegierte für das 14. Treffen des ISO/TC 207 (Environmental Management) bin ich vom 22. – 29. Juni 2007 nach Beijing gereist. Auf diesem internationalen Normungstreffen wurden ISO-Normen mit Umweltbezug bearbeitet, z.B. Anforderungen an Ökobilanzen oder Bestimmungen für das Umweltmanagement. Über den BBU bin ich für die Umweltverbände in diese Normungsarbeit eingebunden.

Direkt neben den Baustellen für die Olympiasportstätten fand die Tagung statt. Das Programm war dicht gedrängt. Neben der Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen wurden neue Themen in Workshops vorgestellt, z.B. Nachhaltige Entwicklung oder Wüstenbildung. Die chinesischen Gastgeber präsentierten sich mit Vorträgen zu „Green Olympics“. Sie stellten u.a. einen Kindergarten für Olympia mit nachwachsenden Materialien für den Bau und Solarzellen auf dem Dach vor. Beim Blick nach draußen wurde klar, dass diese Einzelmaßnahmen nicht ausreichen werden, um akzeptable Umweltbedingungen herzustellen. Der Himmel war jeden Tag milchig-grau. Am ersten Tag erinnerte es mich an einen Nebeltag im November, allerdings bei einer Lufttemperatur von über 30 Grad Celsius. Am zweiten Tag wurde mir klar, dass die Luft jeden Tag so aussieht. Die Luftverschmutzung wird u.a. durch die Abgase von Autos verursacht, die auf sechsspürigen Stadtautobahnen Tag und Nacht von den z. T. 30 Kilometer entfernten Vororten in das Stadtzentrum und zurück fahren. Beijing ist eine moderne Stadt mit einem hypermodernen Stadtzentrum. Das Hauptverkehrsmittel ist das Auto. Es gibt keine Regionalbahnen oder U-Bahnen, die die Vororte anbinden. Dazu kommen Kraftwerke und weitere Industrieanlagen im Stadtbereich mit weiteren Emissionen.

In China ist das Engagement für den Umweltschutz oft verboten.

Eine chinesische Teilnehmerin berichtete mir, dass sie sich gerne an die saubere Luft in Bonn zurückerinnerte. Dies ist auch ein Erfolg vieler engagierter UmweltschützerInnen. Unter neoliberalen Vorzeichen wird heute allerdings die Beteiligung von UmweltschützerInnen z.B. an immissionsschutzrechtlichen Verfahren zurückgedrängt. Aktives Engagement für die Umwelt sollte aber sowohl in China als auch bei uns von den staatlichen Stellen unterstützt und nicht behindert werden. (U.W.)

[http://www.nagus.din.de/cmd;jsessionid=F714DEDBC6A5ABFEDF03C4A3ACCFCAF9.2?level=tpl-
artikel&menuid=47224&cmsareaid=47224&cmsrubid=47243&menurubricid=47243&cmstextid=63210&breadcrumb=1&languageid=de](http://www.nagus.din.de/cmd;jsessionid=F714DEDBC6A5ABFEDF03C4A3ACCFCAF9.2?level=tpl-artikel&menuid=47224&cmsareaid=47224&cmsrubid=47243&menurubricid=47243&cmstextid=63210&breadcrumb=1&languageid=de)

siehe auch die BBU-Presseerklärung vom 26.06.07: [Zivilgesellschaftliches Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz auch in China verbessern](#)

Impressum:

Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn.

Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33

Email: bbu-newsletter@bbu-bonn.de.

Homepage: [www. BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)

Redaktion: Udo Buchholz (U.B.),

Mitglied des Geschäftsführenden Vorstand,

Layout: Susanne Bareiß-Gülzow (S.B.)

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich.

Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.